

VN AM TELEFON

„Am Arbeitsmarkt Werte wie seit 2002 nicht mehr“

Schwarzach (VN-ad) Mit dem RH-Bericht und der Situation am Arbeitsmarkt zufrieden ist AMS-Geschäftsführer Anton Strini. Dennoch gibt es Handlungsbedarf – bei Jugendlichen.

VN: Die Situation am Arbeitsmarkt entspannt sich; der Rechnungshof lobt die Rolle des AMS und die Arbeitsmarkt-Förderung im Land. Sie dürften zufrieden sein.

Strini: Das bin ich grundsätzlich auch. Wir haben heute eine Arbeitsmarktsituation mit so günstigen Werten, wie seit 2002 nicht mehr. Ende Februar hatten wir 8010 Arbeitslose, das entspricht einer Arbeitslosenquote von 5,2 Prozent. Und das sind 1438 Arbeitslose weniger als noch im Februar 2007.

VN: Dank der guten Wirtschaftslage?

Strini: Es hat mehrere Gründe. Wesentlichster Punkt ist, dass die Wirtschaft gut läuft. Wir haben eine super Exportsituation, der Tourismus läuft gut; die Baubranche konnte in den Wintermonaten trotzdem gut durcharbeiten. Und als Unterstützung ebenfalls beigetragen haben die Maßnahmen am Arbeitsmarkt.

VN: Die Jugendarbeitslosigkeit aber werde zu einem zunehmenden Problem, warnt RH-Direktor Schmalhardt.

Strini: Wenn Jugendliche beim Eintritt in das Berufsleben feststellen, dass man sie nicht braucht, hat das fatale Auswirkungen auf die Psyche. Das ist das Problem. Dort setzen wir an, um auch Jugendliche mit sozialen oder anderen Schwierigkeiten dem Arbeitsmarkt zuzuführen. Und wir konnten im Übrigen auch große Erfolge feiern: Die Arbeitslosigkeit bei den unter 25-Jährigen ging um 18 Prozent zurück, stärker als in anderen Altersschichten.

VN: Wo sehen Sie am Arbeitsmarkt im Land besonderen Handlungsbedarf?

Strini: Wir haben nach wie vor das Problem des Fachkräftemangels, vor allem in den Bereichen Metall, Elektro und Holz. Und: Wir müssen in die Arbeitsfähigkeit investieren. Gerade Jugendliche neigen oft dazu, bei Konfliktsituationen den Kopf in den Sand zu stecken, anstatt die Herausforderungen anzunehmen. Die Förderung von Konfliktfähigkeit ist also sehr wichtig. Da gibt es einiges aufzuholen.



Trotz allgemeiner Entspannung: Ein weiterer Ausbau der Förderungen bei Jugendlichen ist laut Landesrechnungshof notwendig.

(Symbolfoto: VN/Berchold)

Lob für Arbeitsmarkt-Förderung

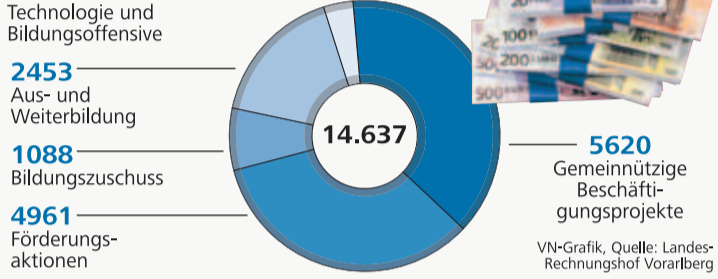
■ Bericht des Landesrechnungshofes. Gute Noten für AMS. Problem bei der Jugend.

Schwarzach (VN-ad) 86,8 Millionen Euro haben das AMS, der europäische Sozialfonds und das Land zwischen 2004 und 2006 an Arbeitsmarkt-Förderungen im Ländle ausbezahlt. Der Anteil des Landes betrug dabei 14,6 Millionen Euro. Im Finanzierungsvolumen habe es in diesen Jahren „ordentliche Sprünge“ gegeben, fügte Schmalhardt an: „Die Gesamtausgaben für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen stiegen von 24,4 Millionen Euro im Jahr 2004 auf 35,8 Millionen im Jahr 2006.“

„Gemäß unseren Prüfungsgrundsätzen“, sagte Landesrechnungshof-Direktor Herbert Schmalhardt gestern bei der Präsentation des Prüfberichts zu den Arbeitsmarktförderungen im Land, „sind diese Gelder adäquat eingesetzt worden.“ Im Land sei die Förderverwaltung grundsätzlich klar organisiert, mit ei-

Arbeitsmarktförderung

Fördermittel 2004–2006 in Tausend Euro



VN-Grafik, Quelle: Landesrechnungshof Vorarlberg

nem Kritikpunkt: „Die Transparenz hinsichtlich der für ein Vorhaben ausbezahlten Förderungen ist nicht ausreichend.“ Maßnahmen zur Erhöhung der Transparenz im Bereich der Gebarung seien deswegen zu treffen.

„AMS der Hauptakteur“

Aber: „Die Ausgestaltung des Schnittstellenbereichs zwischen Land und AMS ermöglicht eine rasche und kostengünstige Abwicklung des Förderprozesses.“ Für das Arbeitsservice, „den Hauptakteur“, fand der Landesrechnungshof-Direktor lobende Worte: „Es nimmt sowohl Steuerung, als auch Kontrolle und Evaluierung der Maßnahmen wahr.“ Allerdings sei der AMS-Aktionsradius aufgrund vieler vorhandener Zielvorgaben eingeschränkt: „Vor allem die Zielsetzungen des Bundes sind zum Teil widersprüchlich und von den Landesorganisationen nur schwer umsetzbar.“ Lob fand Schmalhardt allerdings für die Zusammenarbeit zwischen dem Land Vorarlberg und dem Arbeitsservice: „Sie

funktioniert mittlerweile problemlos.“ Auch weil das Land nun eine Sitzungsstimme im AMS-Landesdirektorium

„Die Zusammenarbeit zwischen Land und AMS funktioniert mittlerweile gut.“

RH-DIREKTOR SCHMALHARDT

habe, „was die Kooperation und Zusammenarbeit weiter verbessert hat“.

Schmalhardt ging auch auf arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, respektive auf gemeinnützige Beschäftigungsprojekte und auf Förderaktionen, ein. So habe das Land im Rahmen von gemeinnützigen Beschäftigungsprojekten zwischen 2004 und 2006 beispielsweise 818 Transitarbeitsplätze gefördert, mit insgesamt 5,3 Millionen Euro: „Und nahezu die Hälfte der Personen, die eine Beschäftigungsmaßnahme beendet haben, haben sich drei Monate später in geförderten oder nicht geförderten Beschäftigungen befunden.“ Die vom Land mitfinanzierten

Förderaktionen haben laut Schmalhardt ein sehr breites Spektrum: „Insbesondere wurden Maßnahmen für Jugendliche mit persönlichen und sozialen Defiziten gesetzt.“ Ein weiterer Ausbau der Förderungen im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit ist laut Schmalhardt aber notwendig. Besondere Rücksicht sei dabei auf die offenbar existierenden sozialen Defizite bei vielen Jugendlichen zu nehmen, die einen Einstieg ins Berufsleben erschweren oder verhindern würden: „Sozialbetreuung steht vielfach vor der Qualifizierung.“ LTP Gerhard Halder meinte: „Jugend in Beschäftigung zu bringen, hat Vorrang – auch wenn man da mehr Geld in die Hand nehmen muss.“

<http://video.vol.at>

Schmalhardt im Interview: Interview mit dem Landesrechnungshof-Direktor

mehrwissen.vol.at

Arbeitsmarkt. Der Prüfbericht zur Arbeitsmarktförderung und eine Übersicht über verschiedene AMS-Maßnahmen.



Schmalhardt: „Gelder wirtschaftlich gut eingesetzt.“

(Foto: VN/Hofmeister)

Arbeitslosen-Quote

Im Jahr 2004 betrug die Arbeitslosenquote in Vorarlberg 6,1 Prozent; im Jahr 2005 lag sie bei 6,7 Prozent; 2006 sank sie auf 6,2 Prozent – und 2007 auf 5,6 Prozent. Vorarlberg rangierte in den letzten beiden Jahren damit im Bundesländervergleich an viertbesten Stelle. Im Februar 2008 lag die Arbeitslosenquote bei 5,2 Prozent – oder exakt 8010 Arbeitslosen.

POLITIK, PERSONEN UND PARTEIEN

Schwarzes Budget, rote Biker

Finanzkraftdebatte. In Zeiten, in denen in vielen der 96 Ländle-Kommunen der Gürtel enger geschnallt werden muss, können auch Grundankäufe zu heftigen Diskussionen führen. So auch in der Kummenberggemeinde Mäder. Dort versuchte offenbar die Volkspartei mit ihrer absoluten Mehrheit gleich mehrere Ankäufe von Grundstücken „auf Biegen und Brechen“ durchzudrücken. Dabei machten die Oppositionsparteien der Bürgerliste mit **Thomas Kremmel** sowie jene der Freiheitlichen VP-Spitzenvertreterin wie Bürgermeister **Rainer Siegele** und Clubobmann **Rainer Gögele** einen dicken Strich durch die Rechnung. Kremmel & Co fragten nämlich die „budgetäre Bedeckung“ des Ankaufs nach. In Ermangelung einer Jahresabschlussrechnung konnte Gemeindechef Siegele allerdings kein Nachtragsbudget auf den Tisch legen. Dieses ist laut Gemeindegesetz für Rechtsgeschäfte dieser Art allerdings vorgeschrieben. Ein Zuwiderhandeln wäre



so gesehen einem Gesetzesbruch gleichgekommen. Im Wissen dieser gesetzlichen Bestimmungen habe die VP, in deren Reihen Mitarbeiter von Rechnungshof und der Kontrollabteilung des Landes sitzen, das Ganze dennoch beschließen (lassen) wollen. Weil die Opposition nicht locker ließ und signalisierte, dass sie ihre Zustimmung zum Ankauf von der Vorlage „eines sauberen Nachtragsbudgets“ abhängig macht, wurde der Beschluss auf die nächste Rathaussitzung vertagt.

Eigeninteresse. Die Wirtschaftsgemeinschaft (WIGE) Bludenz blickt, wenn es um den Wettbewerb der Kunden geht, immer recht neidvoll über die Stadtgrenzen hinweg auf die grüne Wiese

nach Bürs. Nachdem das dortige Einkaufszentrum gleichsam wie ein Magnet seine Anziehungskraft auf die Konsumenten ausübt, befindet man sich beim Bludener Innenstadthandel in einer Art Frontstellung gegen den Nachbarn. Der Aktionismus ist groß, den kaufkräftigen Bürgern immer wieder zu vermitteln, dass es doch besser ist, das Geld beim Einkauf in den Stadtgrenzen zu belassen und die Geschäftsleute in der Altstadt zu stützen. Einkauf ist schließlich Vertrauenssache, so das Argument. Kontraproduktiv mutet dabei indes das Verhalten an, wenn es ums eigene Geld der WIGE geht. Da vollführt die Wirtschaftsgemeinschaft Bludenz längst den Brückenschlag mit Bürs. So vertraut man in Sachen Finanzen und Verwaltung offensichtlich lieber auf Dienstleister in der Nachbargemeinde. So sind der für die WIGE Bludenz tätige Steuerberater und dazu auch gleich der Buchhalter mit ihren Büros in Bürs beheimatet. Wenn's

um spezielle Eigeninteressen geht, ist der Bludener Wirtschaftsgemeinschaft das einheimische Angebot offensichtlich keine Zuwendung wert.

Landtagsbühne. Auf den Sitzungen der Dornbirner Stadtvertretung wird immer öfter Landespolitik gemacht. Vor allem die SP-Stadträtin **Gabi Sprickler-Falschlunger** bringt regelmäßig Themen aufs Tapet, die eigentlich mit der Dornbirner Politik wenig zu tun haben. Das ist insofern nicht verwunderlich, weil sie 2009 aller Voraussicht nach in den Landtag einziehen wird. Sie begründet ihre Wortmeldungen meistens mit der Bemerkung, dass Bürgermeister **Wolfgang Rümmele** ein mächtiger Mann sei, auf den der Landeshauptmann höre. Auch **Christoph Winder** von der ÖVP lässt es sich nicht nehmen, der Stadtvertretung die Landespolitik bei jeder Gelegenheit zu erläutern. Rümmeles Mahnung, die Landes- und Bundespolitik auszuklammern, hat



Prominentes Mitglied der „Red Biker“ in Vorarlberg: SP-Klubdirektor Gerhard Kilga.

(Foto: SPÖ Kilga)

bisher wenig gefruchtet. Das Dornbirner Stadtparlament bleibt wohl auch in Zukunft eine Außenbühne des Landtags.

Red Biker. Motorradklubs gibt es wie Sand am Meer. Motorisierte Vereine mit solch prominenten Vertretern wie Sozialminister **Erwin Buchinger** sind hingegen ausgesprochen rar. Mit den neu gegründeten „Red Bikern“ bekommt Österreich nun die erste politische Vertretung für Motorrad-Fans. Als solche möchte man sich auch verstanden sehen. Denn ausschließlich Freizeit-Verein seien die „Red Biker“ laut Außendung

nicht. Vielmehr seien die roten Zweirad-Fahrer politische Interessensvertretung und Lobby. Die Chancen, gehört zu werden, stehen indes nicht schlecht: Mit dem SPÖ-Klubdirektor **Gerhard Kilga** trumpfen auch die Ländle-Biker mit politischer Prominenz auf. Am 31. März soll es dann auch schon soweit sein: Im Zuge einer großen Gründungsversammlung werden sich die Vorarlberger „Red Biker“ konstituieren. Der designierte Obmann, **Christian Pellini**, betont: „Eines verspreche ich: wir werden uns für die Interessen unserer Zielgruppe mit aller Vehemenz einsetzen.“